



Tagesordnungspunkte

- 1. ÖFFENTLICHER TEIL**
- 1.1 **Klimaneutralität und klimaneutrale Verwaltung 2030;**
Informationen zur Vorgehensweise bei der Festlegung von Systemgrenze und Bilanzgrenze
- 1.2 **Gemeinsame Kriseninterventionsstelle von Eingliederungshilfe und Jugendhilfe**
- 1.3 **Bezirkskrankenhaus Landshut;**
Erweiterung des tagesklinischen Angebots der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Erhöhung der teilstationären Bettenkapazität
- 1.4 **Bezirkskrankenhaus Passau – Erweiterung;**
Mündlicher Sachstandsbericht
- 1.5 **Institut für Hören und Sprache Straubing;**
Erneuerung und Verbesserung des sommerlichen Wärmeschutzes;
Ergänzende Vorstellung von Varianten
- 1.6 **Bezirksverband Imker Niederbayern;**
Förderung der Imkerei in Niederbayern;
Zuschuss zur Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben im Jahr 2022
- 1.7 **Grundsatzbeschluss zur Förderung von Landesausstellung und Landesgartenschau in Niederbayern**
- 1.8 **Fischereilicher Lehr- und Beispielsbetrieb Lindbergmühle;**
Bilanzielle Energieautarkie bei der Stromversorgung;
Grundsatzbeschluss
- 1.9 **Antrag des Herrn Bezirksrats Urban Mangold (ÖDP) vom 22.12.2021;**
„Mehr Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Bezirksliegenschaften“
- 1.10 **Sonstiges**

1. ÖFFENTLICHER TEIL

1.1 Klimaneutralität und klimaneutrale Verwaltung 2030; Informationen zur Vorgehensweise bei der Festlegung von Systemgrenze und Bilanzgrenze

BESCHLUSS

Die vorläufige Einbeziehung der bezirkseigenen Liegenschaften und derjenigen der Zweckverbände, an denen der Bezirk Niederbayern beteiligt ist, in die Systemgrenze sowie der Vorschlag zur Definition der Bilanzgrenze vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität 2030 werden zur Kenntnis genommen und befürwortet.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja: 9 Stimmen

Nein: 0 Stimmen

1.2 Gemeinsame Kriseninterventionsstelle von Eingliederungshilfe und Jugendhilfe

BESCHLUSS

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen ob und in welchem konzeptionellen Rahmen die beiden „Teile“ in einer Einrichtung zusammengeführt werden können.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Finanzierung der kostenintensiven Einrichtung aussehen könnte.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Träger in Frage kämen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wo die Einrichtung verortet werden könnte.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja: 9 Stimmen

Nein: 0 Stimmen



**1.3 Bezirkskrankenhaus Landshut;
Erweiterung des tagesklinischen Angebots der Kinder- und Jugendpsychiatrie
und Erhöhung der teilstationären Bettenkapazität**

BESCHLUSS

Der Erhöhung der teilstationären Bettenkapazität in der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Bezirkskrankenhauses Landshut um 4 Betten auf 18 Betten wird zugestimmt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja: 9 Stimmen
Nein: 0 Stimmen

**1.4. Bezirkskrankenhaus Passau – Erweiterung;
Mündlicher Sachstandsbericht des Leiters des Referates
Gesundheitseinrichtungen, Herrn VD Eichmüller**

Protokollnotiz: *Der Bezirksausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**1.5 Institut für Hören und Sprache Straubing;
Erneuerung und Verbesserung des sommerlichen Wärmeschutzes;
Ergänzende Vorstellung von Varianten**

BESCHLUSS

Die Verbesserung des sommerlichen Wärmeschutzes am Institut für Hören und Sprache einschließlich Ersatz der bestehenden Sonnenschutzeinrichtungen durch Raffstore-Anlagen wird genehmigt. Der Kostenrahmen beträgt 590.000 €.

Das Projekt ist dem Bezirksausschuss erneut zur Genehmigung vorzulegen, falls sich nach Erstellung der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung Abweichungen vom genehmigten Kostenrahmen ergeben.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja: 9 Stimmen
Nein: 0 Stimmen



**1.6 Bezirksverband Imker Niederbayern;
Förderung der Imkerei in Niederbayern;
Zuschuss zur Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben im Jahr 2022**

BESCHLUSS

Dem Bezirksverband Imker Niederbayern wird zur Durchführung seiner satzungsgemäßen Aufgaben für das Jahr 2022 ein Zuschuss in Höhe von 2.500,- € gewährt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja: 9 Stimmen
Nein: 0 Stimmen

**1.7 Grundsatzbeschluss zur Förderung von Landesausstellung und
Landesgartenschau in Niederbayern**

Protokollnotiz: *Herr Bezirksrat Scheuermann möchte den frei verfügbaren Anteil mit einer Zweckbindung (wie z.B. Nachhaltigkeit) beaufschlagen. Diesbezüglich weist der Vorsitzende darauf hin, dass das Umweltministerium als Mittelgeber in seinen geänderten und neugefassten Förderrichtlinien bereits umfangreiche ökologische Vorschriften verankert hat. Auf Vorschlag von Frau Bezirksrätin Röhrl soll deshalb in Ziffer 2 des Beschlussvorschlags die verbindliche Berücksichtigung von einschlägigen Richtlinien aufgenommen werden.*

BESCHLUSS

1. Bayerische Landesausstellungen und Landesgartenschauen in Niederbayern werden zukünftig aus dem Bezirkshaushalt mit 100.000 Euro unterstützt.
2. Davon können 70.000 Euro von der veranstaltenden Organisation frei verfügbar für Zwecke der Veranstaltung verwendet werden, wobei einschlägige Richtlinien der Staatsministerien berücksichtigt werden müssen. 30.000 Euro sollen für Kulturveranstaltungen in dem Rahmen der Landesausstellung oder der Landesgartenschau verwendet werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja: 9 Stimmen
Nein: 0 Stimmen



**1.8 Fischereilicher Lehr- und Beispielsbetrieb Lindbergmühle;
Bilanzielle Energieautarkie bei der Stromversorgung;
Grundsatzbeschluss**

BESCHLUSS

1. Die Bezirksverwaltung wird beauftragt, am Beispiel des Fischereilichen Lehr- und Beispielbetriebs Lindbergmühle zu untersuchen, wie ein Fischzuchtbetrieb unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit Schritt für Schritt bilanzielle Autarkie im Bereich der Stromversorgung erreichen kann.
2. Dem Bezirksausschuss ist jährlich einmal über den Erfolg und die Erfahrungen zu berichten.
3. Darüber hinaus hat die Bezirksverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass der Prozess des Umbaus hin zu einer bilanziellen Stromautarkie extern begleitet und dokumentiert wird.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Ja: 9 Stimmen

Nein: 0 Stimmen

**1.9 Antrag des Herrn Bezirksrats Urban Mangold (ÖDP) vom 22.12.2021;
„Mehr Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Bezirksliegenschaften“**

Protokollnotiz: Herr Bezirksrat Mangold stellt nochmals klar, dass es in seinem Antrag um zwei Teile geht, und dass er an der Aussagekraft der von der Verwaltung vorgelegten Zusammenstellung zweifelt. Der zweite Teil des Antrags ist als Alternative zum ersten Teil gedacht. Ist der erste Teil aus finanziellen Gründen nicht zu verwirklichen, soll der Gedanke der Verpachtung und Zurückpachtung der Dächer aufgegriffen werden.

Herr Bezirksrat Holzner spricht sich klar gegen die Alternativlösung „Verpachtung“ aus. Es soll im Vorfeld die Wirtschaftlichkeit des einzelnen Vorhabens geprüft werden und bei positivem Ergebnis die Ausstattung der Dächer der Bezirksliegenschaften mit PV-Anlagen durch den Bezirk selbst erfolgen.

Diesem Vorschlag kann der Antragsteller zustimmen und zieht deshalb den zweiten Teil „Verpachtung“ seines Antrags zurück.

1.10 Sonstiges



kein Anfall

